

Paibacher Zeitung.



Nr. 138.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 16, halbj. 7.50.

Samstag, 19. Juni.

Insertionsgebühren: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere per Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 5 kr.

1880.

Amtlicher Theil.

Erkenntnis.

Das k. k. Landes- als Pressgericht in Strassachen zu Wien hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft erkannt, daß der Inhalt der Druckschrift „Zukunft“ Nr. 17, ddo. 10. Juni 1880, durch den Aufsatz unter der Aufschrift „Rechtsgleichheit in der Republik“ das Vergehen nach § 305 St. G. begründe, und hat nach § 493 St. P. O. das Verbot der Weiterverbreitung dieser Druckschrift ausgesprochen.

Nichtamtlicher Theil.

Zeitungschau.

Der Protest der Tiroler Bischöfe gegen den Bestand der beiden evangelischen Gemeinden in Meran und Innsbruck fordert eine geharnischte Kritik seitens mehrerer Wiener Journale heraus. Die „Presse“ vermag diesen Kriegsruf der streitenden Kirche nicht ernst zu nehmen. Das Blatt vertritt den geseglichen Standpunkt gegenüber der Kundgebung der Bischöfe und verwahrt sich insbesondere gegen die Verquickung der Kaisertrone der Tiroler mit der Glaubenseinheit. Diese Treue dulde kein Mehr und kein Minder.

Die „Neue freie Presse“ würde den Protest als zweck- und wirkungslos ansehen, enthielte derselbe nur einen Wunsch und nicht auch eine Drohung. Die Erklärung der Tiroler Bischöfe bringe die Reichs- und Kaisertrone der Tiroler in ein Abhängigkeits-Verhältnis zur Glaubenseinheit. Dagegen müsse laut und feierlich protestiert werden.

Die „Deutsche Zeitung“ bestreitet es entschieden, als ob die Glaubenseinheit in Tirol seit einem Jahrtausend bestünde; dies sei erst seit einem Jahrhundert der Fall.

Das „Tagblatt“ und die „Morgenpost“ bringen Enthüllungen über die Genesis des Protestes, wobei letztgenanntes Journal insbesondere die Gründe erörtert, die den sonst freimüthigen Salzburger Kirchenfürsten veranlassen haben sollen, dem Protest beizutreten.

Bzüglich der durch den Mandatsverzicht des Landeshauptmanns Grafen Lamberg im Salzburger Landtage geschaffenen Situation bemerkt das „Fremdenblatt“: „Wie sehr gerade in der gegenwärtigen Lage Besonnenheit und kühles Abwägen der Verhältnisse noththut, beweist dieser Fall am besten, wo durch ungestümes Vorgehen die Landesverwaltung dem liberalen Lager entwunden wurde. Auch die Liberalen müssen Unterordnung und Disciplin acceptieren. — Tugenden, zu welchen sie sich freilich seit dem An-

beginne der verfassungsmäßigen Aera nicht bekennen wollen. Graf Lamberg theilt in seinem kleineren und bescheideneren Wirkungskreise nur dasselbe Schicksal, welches bisher allen Staatsmännern der Verfassungspartei in anderen Stellungen von ihren eigenen Parteigenossen bereitet wurde.“

Die meisten Journale stimmen darin überein, daß die Berliner Conferenz vorerst einen ruhigen, friedlichen Verlauf nehmen werde. Minder zuversichtlich lautet das Urtheil der Journale, insbesondere der „Deutschen Zeitung“, betreffs der Durchführung der Beschlüsse der Conferenz. Das „Fremdenblatt“ präcisirt den Standpunkt Oesterreichs auf der Conferenz und erklärt, daß die Vertreter Oesterreich-Ungarns, ohne Rücksicht auf die Stellung Rußlands, eine den Griechen freundliche Haltung einnehmen dürften. Das Blatt sagt: „Oesterreich darf nicht aus dem Auge verlieren, daß das griechische Element bei der Neugestaltung des Orients eine hervorragende Rolle zu spielen berufen ist und daß das Königreich Griechenland wie kein anderes staatliche Gebilde auf der Balkan-Halbinsel die Aufgabe hat, einen Damm gegen die panславistische Hochflut zu bilden. Die Bürger des Königreichs Griechenland haben den Beweis erbracht, daß das Hellenenthum nicht bloß ein wichtiges Culturelement bildet, sondern auch eine staatenbildende Kraft besitzt. Wie viel auch noch die öffentlichen Zustände Griechenlands zu wünschen übrig lassen mögen, so kann sich doch das Königreich Georgs I. vor allen anderen Balkanstaaten eines europäischen Charakters rühmen. Das allein schon gibt ihm ein Recht, bei der Reorganisation der Verhältnisse des Orients eine hervorragende Berücksichtigung zu fordern. Unser Conservatismus darf nicht so weit gehen, daß wir uns zum Don Quixote der türkischen Legitimität aufwerfen. Wir dürfen die Decadence der türkischen Zustände nicht ignorieren, dürfen uns nicht einbilden, daß es jemals möglich sein werde, die alte Macht und Herrlichkeit des osmanischen Reiches zu erneuern und der Entwicklung der christlichen Balkanstaaten mit gewaltsamen Mitteln Einhalt zu thun. Unser Conservatismus ist daher nicht bloß vereinbar mit einer Förderung der griechischen Bestrebungen, sondern gebietet sogar die Unterstützung derselben.“

Die Ablehnung der böhmischen Wahlreform-Vorlage.

Die vom böhmischen Landtage zur Vorberathung der Wahlreformvorlage niedergesetzte Einundzwanziger-Commission ist am 16. d. M. in die meritorische Be-

rathung des Gesekentwurfes eingetreten und hat, wie zu erwarten war, mit allen verfassungstreuen Stimmen gegen die der czechischen Vertreter beschlossenen, im Plenum zu beantragen, daß über die Vorlage zur Tagesordnung übergegangen werde. Die Discussion war nach den vorliegenden Berichten eine, wenn auch animierte, so doch würdige und sachliche. Da die Zusammenfassung des Ausschusses der des Landtages entspricht, ist bestimmt voranzusehen, daß das Plenum mit großer Majorität dem Antrage auf Uebergang zur Tagesordnung beitreten wird. — Ueber den Verlauf der bewegten Debatte liegt folgender Bericht vor:

In der vom Obmanne Grafen Mannsfeld eröffneten Debatte ergriff zuerst Fürst Schönburg das Wort: Nachdem die Vorlage die Großgrundbesitzer Curie zunächst berührt, ist es begreiflich, daß ich darüber meine Ansicht ausspreche. Der Gesekentwurf beruht auf einer irrigen Basis, da auf Grund der Parteigruppierung die Wahlordnung geändert werden soll, statt auf Grund von statistischen Thatsachen und Besitzverhältnissen. Wir alle haben einen und denselben Zweck, das Wohl und Gedeihen Böhmens und der Gesamtmonarchie. Nur inbetreff der Mittel sind unsere Wege verschieden, aber da wir alle ein gemeinsames Ziel haben, müssen sich endlich die Wege finden, auf denen wir uns ausgleichen können und werden. Abgeordneter Zeithammer bemerkt, er könne den letzten Worten des Vorredners beistimmen, aber dieser habe es unterlassen, die Conclusion aus seinen Ansichten zu ziehen. Der Minorität ist es von Interesse, zu wissen, wie sich die Gesinnungsgenossen des Vorredners dem Entwurfe gegenüber verhalten und wie sich der Vorredner eine Reform dieses Theiles der Wahlordnung denkt. Es befremde ihn, daß der Landesausschuß keine Vorlage gemacht habe, obwohl er dazu beauftragt war, und beantragt er, den Referenten des Landesausschusses zur nächsten Sitzung einzuladen, damit er das statistische Material vorlege. Abgeordneter Dr. Waldert erörtert die Motive, warum der Landesausschuß keine Vorlage gemacht habe; seit dem letzten Landtagsbeschlusse seien wichtige politische Veränderungen eingetreten, und es sei unzweifelhaft, daß, wenn im Jahre 1878 dieselben politischen Verhältnisse bestanden hätten, ein solcher Beschlusse nicht gefaßt worden wäre. Der Landesausschuß gelangte übrigens zur Kenntniss, daß die Regierung eine Vorlage auf Reform der Wahlordnung beabsichtige, er gelangte zu dieser Kenntniss einmal durch Abforderung des statistischen Materiales, welches die Statthalterei dem Landesausschuße geliefert habe, und ferner durch

Feuilleton.

Wiener Skizzen.

17. Juni.

Bisher sind die „Glücklichen“, welche procul negotii die Freuden des Landlebens genießen und in den verschiedenen Sommerfrischen ein behagliches Dasein führen, ihres Glückes noch nicht recht froh geworden; der Mai brachte eine Temperatur, welche einen vermehrten Verbrauch an Heizmaterial nothwendig machte, und der Juni beschert ihnen Tag für Tag einen Regenguß, so daß fast lauter Schmerzenschreie aus den Villen anhören und die Zurückgebliebenen ob ihrer Vortheile beneidet werden.

In der That ist das Leben in der steinernen Wabe, Wien genannt, momentan gar nicht so unangenehm, und wenn die „tobte Saison“ sich nicht schlimmer anläßt, so wird das Schicksal, an der Scholle — wolle ich sagen: am Stadtpflaster zu kleben, einigermassen erträglich sein. Es ist sogar wahrscheinlich, daß die Sommerflüchtlinge zeitweilig nach Wien zurückkehren, um an den Unterhaltungen der Zurückgebliebenen theilzunehmen, an denen diesen Sommer kein Mangel sein wird. Dafs Wien zur Sommerszeit kein schrecklicher Aufenthalt ist, beweisen die fürstlichen Besuche, die eben jetzt stattfinden und denen andere nachfolgen werden. Zunächst traf die Prinzessin von Asturien, die Schwester des Königs von Spanien, hier ein, und es soll dieselbe ein solches Gefallen an Wien gefunden haben, daß sie die kaiserliche Familie davon verständigte, sie werde nächsten Sommer wieder kommen

und auch ihre beiden Schwestern mitbringen. Dann stellte sich der Fürst Alexander von Bulgarien hier ein, incognito zwar, aber nur pro forma, denn die Zeitungen meldeten schon vorher seine Ankunft und berichteten über seinen Aufenthalt, ohne sich um das Incognito viel zu kümmern. Dem Fürsten von Bulgarien folgt der Großherzog von Hessen auf dem Fuße, der nicht incognito reist und dem zu Ehren morgen eine Gefektsübung zweier Infanterieregimenter stattfinden soll — wenn's nicht regnet. Nach diesem Fürsten wird Milan von Serbien hier erwartet, der Fürst von Rumänien, der ebenfalls angemeldet war, hat wieder absagen lassen. Fürstliche Besuche haben gewöhnlich eine starke Bewegung unter den hungrigen Knopflöchern zur Folge, die jedoch diesmal nicht besonders hervortrat, weil die genannten fürstlichen Gäste in dieser Beziehung nicht sehr spendabel sind; wenn aber der König von Siam kommt, da wird es wieder eine Jagd geben, die Ordensjäger rüsten sich bereits.

Den Mittelpunkt der Sommervergüngen der daheimgebliebenen Wiener wird das große österreichische Bundesschießen bilden, das in der Zeit vom 18. bis 25. Juli hier abgehalten wird. Man rechnet auf eine Theilnahme von 18—20,000 Schützen, die nicht nur aus allen Gauen der Monarchie, sondern auch aus fernen Ländern herbeiströmen werden, wenigstens sind die an die Schützenvereine aller Staaten und Nationen der gebildeten Welt ergangenen Einladungen acceptiert worden. Das erste österreichische Bundesschießen wird sich zu einem förmlichen internationalen Schützenfeste gestalten, vorausgesetzt, daß alles so ausfällt, wie es jetzt in den Reclamenotizen der Blätter vorausgesagt wird. Die Theilnahme des

großen Publicums ist eine sehr rege, wie aus den vielen gespendeten Ehrengaben hervorgeht, und „ganz Wien“ freut sich schon auf das Schauspiel des Schützenausmarsches und auf die verschiedenen, mit dem Bundesschießen verbundenen Festlichkeiten, als da sind: ein solenner Studentencommer in der Schützenhalle, ein Monstreconcert des Wiener Männergesangvereins, ein großes Schützenbankett, eine Regatta der Wiener Rudervereine, ein Schützenball u. s. w. Trotzdem ist es zweifelhaft, ob das österreichische Bundesschießen mit dem deutschen Bundesschießen 1868 sich vergleichen lassen wird.

Zunächst ist der Festplatz sehr ungünstig gelegen, er befindet sich jenseits der Reichsbrücke auf dem linken Ufer der großen Donau, und die Entfernung ist so groß, daß man von der inneren Stadt aus zu Fuß mindestens zwei Stunden braucht, um dahin zu gelangen. Dann ist der Festplatz meines Erachtens viel zu klein, um ein großartiges Volkstreiben zu gestatten. Das war 1868 ganz anders, da lag der Festplatz im schönsten Theile des Praters und war groß genug, um Menschenmassen aufzunehmen. Die weite Entfernung und die ungünstige Situation wird den Besuch seitens der Bevölkerung nicht wenig abschwächen, auch die fremden Gäste werden von der entfernten Lage des Festplatzes wenig erbaut sein, weil ihnen dadurch der Verkehr mit der Stadt sehr erschwert und kostspielig gemacht wird, und sie werden doch Wien nicht verlassen wollen, ohne dessen Sehenswürdigkeiten in Augenschein genommen zu haben.

Dabei werden die fremden Gäste Gelegenheit haben, einige Erfahrungen zu machen, welche ihren Vorstellungen von der Großstadt Wien nicht ganz ent-

eine Aeußerung des Ministerpräsidenten gegenüber dem Referenten. Da übrigens der Auftrag dem Landesausschusse und nicht dem Referenten erteilt wurde, so sei die Vorladung des letzteren überflüssig.

Abg. Rieger sagt, nicht das erstemal wurde vom Landtage die Wahlreform für notwendig erachtet, dem Landesausschusse wurde ein Auftrag erteilt, und wir dürften erwarten, dass demselben entsprochen werden wird. Die Minorität wartet die Initiative der Majorität ab. Die Minorität ist bereit, die Vorlage anzunehmen; wenn Sie daran Mängel auszufinden haben, theilen Sie sie uns offen mit, es ist ja eine Correctur möglich. Er verlangt zu wissen, wie sich die Majorität zur Vorlage verhalte, und beantragt, dass der Statthalter durch den Oberstlandmarschall zur Sitzung eingeladen werde, damit die Stellung der Regierung gegenüber den Amendements an der Vorlage bekannt werde. Gehen wir nicht wie die Kage um den Brei herum, es nützt nichts, wenn wir die Frage immer nur vertagen. Abg. Plener betrachtet die Vorlage als eine entschieden politische, die man von der allgemein politischen Situation nicht trennen könne, wir sind jetzt in Opposition gegen die Regierung. Ueber eine politische Action, wie es die Wahlreform ist, kann man nur mit einer Regierung zusammenwirken, zu der man Vertrauen hat, keineswegs aber mit einer Regierung, zu der man in entschiedener Opposition steht. Die Vorlage hat den ausgesprochenen Endzweck, die bestehende Parteigruppierung zu ändern, und einer politischen Partei kann nicht zugemuthet werden, hiezu die Hand zu bieten. Gegenwärtiger Entwurf habe hinsichtlich der Parteigruppierung weit actualere Zwecke, als der Hohenwart'sche, er hat die offenliegende Tendenz, die Majorität in eine Minorität zu verwandeln.

Abg. Dr. Herbst bemerkt gleichfalls, dass nicht dem Referenten, sondern dem Landesausschusse ein Auftrag erteilt wurde, weshalb die Vorladung des Referenten nichts nütze, nachdem die Minorität erklärt hat, dass sie bereit sei, die Regierungsvorlage anzunehmen. Die Regierung erklärt im Motivenbericht, es erscheine ihr eine Reform der Wahlordnung nur hinsichtlich des Großgrundbesizes wichtig, während die anderen principuellen Aenderungen der Wahlordnung einem späteren, geeigneteren Zeitpunkt vorbehalten werden können. Um eine Regierung in einer solchen speciellen Action zu unterstützen, gehöre ein besonderes Vertrauen zu derselben. Im Jahre 1863 ist von einem berebten Sprecher der Gegenseite der Großgrundbesitz als ein noli me tangere hingestellt worden. Das Hauptgebrechen der jetzigen Vorlage soll sein, dass jetzt eine sehr geringe Zahl durch absolute Majorität auf einmal sechzehn Abgeordnete wählt. Nach der Vorlage soll nun eine Vermehrung der Wähler, was die Zahl betrifft, um achtzig Procent, was Steuerleistung betrifft, um 50 Procent stattfinden, während die Zahl der gewählten Abgeordneten um 15 erhöht wird. Daraus leuchtet entschieden die Tendenz hervor, die Zusammenfassung des Landtages in der Hand zu haben. Im Motivenberichte wird angeführt, dass im fideicommissarischen Großgrundbesitz 56 Wähler sind; wenn aber die Ausländer, die nicht wahlberechtigten und nicht eigenberechtigten, abgerechnet werden, so sind deren bloß 39. Weiters sind unter den 44 Großgrundbesitzern mit einer Steuerzahlung von über 10,000 fl. auch Nichtwahlberechtigte enthalten, es

werden also im ganzen nur 80 Wähler 32 Abgeordnete wählen, und diese 80 Personen sollen es in der Hand haben, über die Zusammenfassung des Landtages zu entscheiden. Bei solcher Tendenz der Vorlage ist es klar, warum die Regierung im Motivenbericht anführt, dass eine gleich angemessene Ausgleichung nicht zu erzielen wäre, wenn der Census mit einer höheren Ziffer, mit 20. oder 15,000 fl. angenommen würde. Daraus geht die Absicht hervor, es gerade so einzurichten, dass zweiunddreißig Abgeordnete in dieser Gruppe gewählt werden. Es ist übrigens nicht richtig, dass das Interesse des höheren Steuerzahlers ein anderes ist, als das des Minderbesteuerten. In der bisherigen Wahlordnung war die Ständigkeit des Besitzes im Fideicommiss ein Grund zur Annahme eines besonderen Wahlrechtes und besonderer Interessen. In der Vorlage aber werden beide Principe, nämlich Ständigkeit des Besitzes und Steuerzahlung, zusammengeworfen, deshalb glaube er, dass man in die Berathung der Vorlage nicht eingehen könne.

Abg. Zeithammer: Die Situation ist ganz klar, das Schicksal der Vorlage besiegelt. Abg. Kozan spricht czechisch und will gegenüber Herbst nachweisen, dass nach der Vorlage in der Pilsener Gruppe der Allodial-Großgrundbesitzer, welche angeblich verfassungstreu wählen würde, der Durchschnitt der Steuerleistung per Wähler 25,000 Gulden beträgt, während er im fideicommissarischen Grundbesitz 82,000 Gulden ausmacht.

Abg. Rieger. Eine Wahlreform berührt nicht bloß das Partei-Interesse, es muß dabei auch das ethische Moment und die Gerechtigkeit berücksichtigt werden. Die gegenwärtige Regierung gehört nicht meiner Partei an, ich kann sie auch nicht als eine solche ansehen und in Schutz nehmen, denn es sitzt im Ministerium nur ein Mann, der meiner Partei und Nationalität angehört. Graf Taaffe besteht mit großer Entschiedenheit darauf, dass seine Regierung nicht den Charakter einer Parteiregierung hat, er verfolgt das Ziel der Vermittlung und Versöhnung. Heutzutage ist keine andere Regierung möglich, weder eine Regierung aus der Verfassungspartei noch aus der Rechten. Redner bittet, den Absichten der Regierung nicht allzu schroff entgegenzutreten, denn im constitutionellen Leben kann ein Unrecht nicht auf die Dauer bestehen, es muß beseitigt werden, wenn notwendig, sogar durch eine Oetroyierung oder durch eine Revolution. Er gebe zu, dass es die Tendenz der Vorlage ist, die Majorität in die Hand zu bekommen, aber dieselbe Tendenz habe auch der Schöpfer der Verfassung verfolgt; er glaube übrigens, dass die Reform der Wahlordnung bezüglich des Großgrundbesizes weder mit der Volkszählung noch mit der Steuerregulierung im Zusammenhange stehe. Redner fordert die Abgeordneten auf, in unofficialer Weise zusammenzutreten und nachzuforschen, wie der Friede hergestellt werden könnte.

Abg. Dr. Herbst erklärt, er habe nicht behauptet, dass er die Vorschläge von 1866 und 1871 für angemessen halte, sondern nur behauptet, dass die Vorlagen Belcredi und Hohenwarts noch vor dem jetzigen Gesetze den Vorzug verdienen. Wo es wirklich Staatsnothwendigkeit ist, ein Gesetz anzunehmen, werden wir uns nicht vom Partei-Interesse leiten lassen; selbst wenn wir Vertrauen zur Regierung hätten, so würde es durch diese Vorlage erschüttert worden sein.

Er würde dieses Gesetz, von welcher Regierung es immer käme, unbedingt zurückweisen. Man spricht immer von Ungleichheit der Steuerbelastung, das ist aber bei jedem Minimalcensus, derselbe ergibt sich bei jeder anderen Corporation. Die Ferdinands-Nordbahn zahlt zwei Millionen Gulden an Steuern und hat gerade dasselbe Wahlrecht wie der Zehn-Gulden-Mann, die böhmische Westbahn zahlt 150,000 fl. an directen Steuern und hat nur dasselbe Wahlrecht, wie ein kleiner Gewerbsmann in Smichow, ebenso ist es im Großgrundbesitz. Wo in den zwei entscheidenden Momenten, nämlich in der Bevölkerungszahl und in der Steuerleistung, eine so wesentliche Veränderung eingetreten ist, da ist der Zeitpunkt nicht geeignet, eine Wahlreform vorzunehmen. Wir haben übrigens vom Landtag keinen anderen Auftrag als den, uns mit der heutigen Regierungsvorlage zu befassen, und diese ist entschieden abzulehnen. Abg. Zeithammer beantragt, es sei in die Specialdebatte einzugehen.

Abg. Fürst Schönburg erblickt in der Vorlage eine Verschiebung der Parteiverhältnisse, welche er jetzt nicht für opportun halte. Mein Freund Schmerling ist hier als Schöpfer der Verfassung gewissermaßen zur Zeugenschaft angerufen worden, allein zu der Zeit, als die Wahlordnung geschaffen wurde, stand der Großgrundbesitz außerhalb der Parteien. Obmann Graf Mannsfeld (zu Rieger gewendet): Von Ihrer Seite ist die Segnerschaft eine nationale, die jetzige Majorität des Großgrundbesizes ist eine größterreichliche, centralistische Partei. Auf diesem Gebiete, in dieser Richtung zwischen Autonomie und Centralismus ist eine Verständigung ausgeschlossen. Die Regierung verlangt mit ihrer Vorlage, dass der Großgrundbesitz dienftbar gemacht werde den Wünschen der Regierung, welche sicherlich dahin führen müssen, das centralistische Gefüge des Staates zu lockern. Von überzeugungstreuen Männern kann nicht verlangt werden, dazu mitzuwirken. Aus diesen Gründen müsse er die Vorlage als unannehmbar bezeichnen.

Ueber Antrag des Abg. Mattusch wird die Generaldebatte geschlossen. Der Antrag Zeithammer auf Specialdebatte wird mit 12 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Hierauf beantragt Herbst, dass über die Regierungsvorlage zur Tagesordnung übergegangen werde. Dieser Antrag wird mit 13 gegen 7 Stimmen angenommen, da auch der Obmann Graf Mannsfeld diesmal mitstimmte; der Antrag Rieger auf Vorladung des Regierungsvertreters wird mit allen gegen 7 Stimmen abgelehnt. Hierauf wird Abg. Herbst zum Berichterstatter gewählt. Dr. Rieger meldet ein Minoritätsvotum an und wird von der Minorität zum Referenten bestellt.

Berliner Conferenz.

Die Berliner Conferenz wurde Mittwoch nachmittags um 2 Uhr ohne Sang und Klang eröffnet, und haben sich die sämtlichen Botschafter der Signatarmächte zu diesem Acte eingefunden. Dagegen haben die technischen Commissäre der Eröffnungssitzung nicht beigewohnt, doch sollen sie sich vom Freitag ab während der Sitzungen der Conferenz in einem Nebenlocale des Beratungslocales zur Disposition halten. Wie die „Kreuzzeitung“ mittheilt, soll Fürst Bismarck die Absicht haben, während der ganzen Dauer der Conferenz in Berlin zu verbleiben. Die Berliner hoch-

sprechen dürfen. So werden sie finden, dass Wien keineswegs die Theaterstadt par excellence ist, als welche sie unsere Localpatrioten gerne hinstellen, denn zur Zeit des Bundeskrieges werden alle Theater Wiens gesperrt sein, bis auf das Carltheater in der Leopoldstadt und die zwei kleinen Theater im Prater, das Fürstliche Volks- und das Ronacher'sche Operntheater. Eine Stadt, welche sich durch einige Monate einer solchen Diät unterzieht, kann nicht Anspruch erheben, als Theaterstadt zu gelten. Laube hat recht, wenn er sagt, dass Theaterpublicum Wiens sei im Verhältnis zur Bevölkerung klein; wenn die „Gesellschaft“ die Villeggiatur bezieht, nimmt auch das eigentliche Theaterpublicum Abschied.

Dem Carltheater wird der durch das Bundesgeschiesse herbeigeführte größere Fremdenverkehr jedenfalls zustatten kommen, und auch die anderen Kunstanstalten Wiens werden daran zu profitieren suchen. Der österreichische Kunstverein hat eine eigene „Fremdenausstellung“ veranstaltet, mit der es jedoch eine besondere Bewandnis hat. Nicht etwa, dass den Fremden da ein Ueberblick der Wiener Kunstthätigkeit geboten wird, sondern es sind Bilder ausgestellt, welche die heimischen Kunstfreunde schon kennen, und diese Bilder wurden nur gewählt, weil — keine anderen zu erlangen waren. Die verschiedenen internationalen Kunstausstellungen in Düsseldorf, Berlin, Dresden, Turin, Warschau u. s. w. haben die ganze Schaffenskraft der Künstlerwelt absorbiert, und es war daher eine Kunst, eine Kunstausstellung hier überhaupt zu bringen. Die Direction des Kunstvereins wendete sich in ihrer Noth an die Besitzer von Privatsammlungen und brachte auf diese Weise, durch Plünderung des Privateigenthums, eine Ausstellung zu-

stande, die schon darum ein gewisses Interesse erregt, weil man da Bilder sieht, die lange Zeit den Blicken des Publicums entzogen waren. Große Kunstwerke von monumentaler Bedeutung sind nicht darunter, wohl aber viel alte, liebe Bekannte, die man gerne einmal wieder begrüßt, wenn sich auch manche daran im Laufe der Zeit etwas geändert haben. Ein Theil der Ausstellung im Schönbrunnerhause besteht allerdings aus Novitäten, allein man weiß ja, nicht alles Neue ist gut. Die meisten neuen Bilder sind mittelgut, nur wenige haben einen hervorragenden künstlerischen Wert. Zu den letzteren rechne ich eine Frühlingslandschaft von Schindler, die meisterhaft in Stimmung und Ausführung ist, und ein Bild von dem Triester Maler Beda: „Besuch in einem Kloster“, darstellend, wie eine vornehme Gesellschaft im Rococo-Kostüme eben einen Saal durchschreitet, um eine Aussicht gewährenden Altane zu gewinnen. Das Bild ist höchst sauber und elegant ausgeführt. Endlich hat mir ein Gemäld von Kern in Wien recht gefallen, das eine Zigeuner-Musikkapelle, bestehend aus zwei Geigen, Clarinette, Hackbrett und Violoncell, darstellt, wie sie eben eine neue Musikpiece, vielleicht einen Czardas, einstudiert. Da gibt es natürlich keine Noten, sondern jeder folgt in seiner Weise den „Leitmotiven“ des Dirigenten, der in seinem Aeußern einem unserer bedeutendsten Staatsmänner sprechend ähnlich sieht.

Eine Sehenswürdigkeit Wiens werden die Fremden, welche heuer hierher kommen, in ihrer vollen Schönheit sehen — den Stephansdom. Die Restauration an der Außenseite dieses herrlichen und berühmten Bauwerks ist vollendet, und wenn die Schützen kommen, werden sie den alten, ehrwürdigen Dom von allen Gerüsten befreit finden. Die Restauration hat

lange Zeit in Anspruch genommen, und seit vielen Jahren sahen die Wiener den Dom nicht anders, als mit einem Netz von Gerüsten umgeben. Nun präsentiert er sich wieder in seinem vollen Glanze. Mit den von der Gemeinde Wien und von Seite des Staates gewährten Geldbeiträgen wurde das Aeußere der Kirche vollständig restauriert, jeder schadhaft gewordene Stein entfernt und durch einen neuen ersetzt, der Thurmhelm erneuert, die beiden Heidenthürme renoviert u. s. w. Allein damit ist die Restauration noch nicht vollständig, es heißt nun, auch das Innere einer theilweisen Neugestaltung zu unterziehen. Es sind für eine große Anzahl Fenster Glasmalereien zu schaffen. Im Jahre 1763 wurden, „um der Kirche mehr Licht zuzuführen“, die bunt bemalten Schiebel vieler Fenster mit weißen Glasaufhängen vertauscht, nun wieder ersetzt werden müssen. Auch die Altäre aus der Popszeit passen nicht zum Stile der Kirche und müssen durch andere ersetzt werden. Die unvergleichliche Kanzel des Meisters Anton Pilgram von Brünn ist durch den Dombaumeister Schmidt bereits einer ebenso gründlichen als wissenschaftlichen Restauration unterzogen worden und wurde am verflochtenen Frohnleichnamstage wieder aufgestellt. Um nun die Geldmittel für eine umfassende Restauration des Innern der St. Stephanskirche aufzutreiben, ist von dem Cardinal-Erzbischof Ruzsicher ein Dombauverein gegründet worden, dessen Protectorat Se. kais. Hoheit der Kronprinz Rudolph übernommen hat und dem demnächst ins Leben treten wird. Es ist gar kein Zweifel, dass die Kosten — etwa 150,000 fl. — in nichts beizutreiben, wie zu erwarten steht, denn — man wird sie nicht darum angehen.

officiöse „Provinzial-Correspondenz“ publiciert aus Anlaß der Eröffnung der Conferenz einen Artikel, der wohl geeignet sein dürfte, die erhitzte Phantasie der Griechen einigermaßen abzukühlen. Dieser Artikel betont vor allem, daß die Endpunkte der neuen Grenzlinie bereits durch den Congress bestimmt worden sind und die Conferenz daher nur die Mission haben könne, den Lauf der Grenzlinie en détail zu fixieren. Als zweite Aufgabe der Conferenz wird dann bezeichnet, diese skizzierte Grenzlinie der Pforte und Griechenland zur Annahme zu empfehlen, um auf Grund derselben die Grenzberichtigung vorzunehmen. Der Artikel der „Provinzial-Correspondenz“ kann als eine sehr entschiedene Einsprache gegen die griechischen Präntionen, die neue Grenze bis an den Pindus und den Olymp zu rücken, angesehen werden. Außerdem ist wohl zu notieren, daß auch die „Provinzial-Correspondenz“ die Mediation als den einzigen Zweck der Conferenz bezeichnet, und daß nach dem Tone, dessen sich das officiöse Organ der deutschen Reichskanzlei befleißigt, ein Zwang in irgend einer Richtung zur Ausführung der Conferenzbeschlüsse als vollständig ausgeschlossen zu betrachten ist.

Es scheint überhaupt, daß die anfänglich Griechen-land so günstigen Dispositionen der Mächte unter dem Eindrucke, welchen die überspannten Forderungen der Athener Regierung hervorriefen, einige Einbuße erlitten haben. So schreibt man der „Pol. Corr.“ aus Berlin, daß die Stimmung unter den Conferenzbevollmächtigten, soweit dieselbe nach Äußerungen, die in weitere Kreise dringen, beurtheilt zu werden vermag, für die bekannten Forderungen Griechenlands nicht durchwegs günstig sei. Man ist darin fast einig, anzuerkennen, daß Griechenland zu viel verlange. Dieser Stimmung wird erfolgreich durch die in den letzten Tagen gesteigerten Bemühungen der türkischen Botschaft Vorschub geleistet, den Nachweis zu führen, daß die Pforte weit entfernt sei, eine gegnerische Haltung gegenüber der Conferenz zu beobachten, daß sie mit dem Principe der von Waddington auf dem Berliner Congresse gegebenen Anregung zur Grenzberichtigung einverstanden war und ist und nur der von Griechenland angestrebten Detailausführung des fraglichen Princips auf Grund unabwieslicher Berücksichtigung der Wünsche der muhamedanischen Albanesen widerstreben müsse.

In einer Berliner Correspondenz desselben Organs lesen wir: „Die Conferenz richtet sich in allen geschäftlichen Dingen genau nach dem Congress; schon in der ersten Sitzung wird die Geheimhaltung der Verhandlungen proclamiert werden. Die Aufgaben der Conferenz sind greifbar vorgezeichnet. Für die Lösung der griechischen Grenzfrage hat der Congress nicht mehr und nicht weniger als fünf Projecte hinterlassen: zwei griechische, zwei türkische und den Plan des Ministers Waddington vom Jänner 1878. Es liegt ein unglaublich umfangreiches Detailmaterial vor, welches sich auf vereinzelte Dörfer und Ortschaften ausdehnt. Die Prüfung dieser Pläne wird die Aufgabe sein, welche innerhalb der Conferenz jedenfalls nur zur Feststellung von Grundfragen führen kann; die Ausführung wird dann der an Ort und Stelle zu sendenden Commission obliegen. Griechenland und die Türkei werden derselben, wie sie es selbst der Conferenz gegenüber gethan haben, ihre Experten zur Disposition stellen. Griechenland geht vorläufig in seinen Forderungen weiter, als die Waddington'schen Vorschläge, es glaubt durch Herstellung einer von Gebirgen gebildeten Wasserscheide zu einer natürlichen Grenze zu gelangen, eine ungehinderte Verbindung zwischen dem griechischen Festlande und der Insel Corfu zu erreichen und gleichzeitig dem Räuberwesen an der Grenze wirksamer steuern zu können, für welches sich Griechenland und die Türkei die Schuld gegenseitig in die Schuhe schieben. In dieser Richtung wird sich das Memorandum bewegen, welches die Griechen der Conferenz unterbreiten wollen. Wie weit sie damit durchdringen, ist sehr zweifelhaft; die Mächte scheinen den Umfang der Forderungen des Waddington'schen Vorschlages für das äußerste Maß ihrer Zugeständnisse zu halten. Zudem wird es die Türkei ihrerseits auch nicht an Gegenvorstellungen fehlen lassen, deren Spitze sich zunächst gegen die französischen Forderungen richten wird.“

Die Antwort der Pforte auf die identischen Notizen.

Die von Constantinopel aus signalisierte Antwort der Pforte auf den ersten Theil der identischen Notizen der Großmächte ist am 16. d. M. durch die türkischen Vertreter den einzelnen Mächten gleichzeitig übergeben worden. Der Ton der Antwort ist ein verbindlicher, und es wird dadurch der Hoffnung Raum gegeben, daß sich die Pforte nicht nur nicht der Ausführung der Beschlüsse der Conferenz widersetzen, sondern auch die Arbeiten der technischen Territorialcommission, auf deren eventuelle Entsendung die identischen Notizen bereits hinwiesen, erleichtern würde. Der Berliner Correspondent der „Neuen freien Presse“ skizziert die bemerkenswerthe Stellen der Antwortnote, in die er angeblich Einsicht erhielt, in folgender Weise:

Nachdem Abbedin Pascha den Empfang der identischen Notizen bestätigt, erklärt er mit Rücksicht darauf, daß bereits am 16. d. M. in Berlin eine Conferenz zur Berathung der griechischen Frage zusammengetreten ist, den ersten Theil der Notizen jetzt beantwortet zu wollen, indem er sich vorbehält, demnächst auch über die zwei anderen, in den identischen Notizen enthaltenen Fragen den Mächten eine Antwort zu ertheilen. Es sei wahr, heißt es in der Note, daß der Antrag Salisbury's auf Entsendung einer technischen Commission an die griechisch-türkische Grenze mit Rücksicht auf den Charakter und das Mandat, welches diese Commission haben sollte, auf Seite der Pforte zu ernstlichen Einwendungen Anlaß gegeben habe. Die Pforte habe daher auf die Proposition des englischen Ministers des Aeußern keine formelle Antwort gegeben, da sie der Ansicht war, daß diese Einwendungen berücksichtigt werden würden. Da die kaiserliche Regierung und auch Europa anerkannt haben, daß eine directe Verständigung mit Griechenland wegen der hochgespannten Forderungen, welche dasselbe stellte, unmöglich sei, so sei mit der Realisirung der im Artikel 24 des Berliner Vertrages in Aussicht genommenen Mediation nur dem Wunsche der Pforte entsprochen worden; denn auch sie erkenne, daß eine Lösung der griechisch-türkischen Grenzfrage nur durch eine solche Mediation möglich sei. Die Pforte anerkennt nun, daß es ausschließlich den Mächten zukommt, über das Verfahren der Mediation, welche sie den beiden Theilen anbieten wollen, zu entscheiden, und daß die Pforte über diesen Punkt keine Einwendung erheben könne. Wie es scheint, wollen jedoch die Mächte Beschlüsse fassen, welche mit dem Charakter und der Idee einer Mediation unverträglich sind. Die hohe Pforte war immer der Ansicht, daß die Mediation der Mächte darin bestehen würde, vor allem die verschiedenen Grenzberichtigungsvorschläge zu prüfen und zu discutieren und sich mit Rücksicht auf die zu erzielende Verständigung an beide Staaten, insbesondere an denjenigen Theil zu wenden, welcher bestimmt ist, alle Opfer zu bringen. Diese auf den Sinn und den Wortlaut des Artikels 24 des Berliner Vertrages gestützte Ueberzeugung schließt jede Besorgnis einer Verletzung der Unabhängigkeit der Pforte und der Freiheit ihrer Entschlüsse aus. Wenn dies der Gedanke der Mächte war und wenn die Beschlüsse der in Berlin vereinigten Vertreter kein anderes Ziel haben, als die versöhnliche Action vorzubereiten, welche bestimmt ist, eine Verständigung herbeizuführen, zu welcher der Besitzer des Territoriums freiwillig seine Zustimmung zu geben haben werde, dann sei die kaiserliche Regierung über die Achtung ihrer Unabhängigkeit beruhigt und sie werde dann keine andere Sorge haben, als ihren guten Willen und ihre Nachgiebigkeit Europa gegenüber zu beweisen.

Tagesneuigkeiten.

(Die Rebans in Istrien.) Die „Presse“ schreibt: „Das furchtbare amerikanische Insect, dem in Frankreich bereits mehr als 700,000 Hektaren der schönsten Weingärten zum Opfer gefallen sind, haust — wie soeben erwiesen wurde — auch in Istrien. Im Valle di Sizziale bei Pirano bemerkte man in den „Cortina“ genannten Lagen im Frühling dieses Jahres ein Kränkeln vieler Reben, über dessen Ursache man nicht klug werden konnte. Auf Ansuchen mehrerer Grundbesitzer ließ nun der Podestà von Pirano mehrere Wurzeln sammeln, die am 12. d. M. an die k. l. Versuchstation für Wein- und Obstbau in Klosterneuburg gelangten, deren Leiter, Professor Dr. L. Kössler, das Vorhandensein von Phylloxera vastatrix konstatierte. Von diesem traurigen Untersuchungsergebnisse wurden alle genannten Behörden sofort telegraphisch verständigt und an das Ackerbauministerium gieng außerdem ein detaillierter Bericht ab, Vorschläge darüber enthaltend, was zunächst zu thun sei. Die betreffenden Weingärten wären zu vertilgen und mit Schwefelkohlenstoff zu desinficieren. Im Falle, daß die Invasions des mörderischen Insectes sich bereits auf größere Regionen erstrecken sollte, müßten diese Ausrottungsarbeiten ihrer enormen Kosten wegen unterbleiben. Es wäre dann Schwefelkohlenstoff in kleinen Dosen als Mittel zur Erhaltung der erkrankten Reben in Anwendung zu bringen. In beiden Fällen scheint aber dringend geboten, den Boden der inficirten Stellen sofort durch Ueberdecken mit Steinkohlentheer oder eventuell auch Asphalt zu verschließen, um das im Juli eintretende Ausschwärmen der geflügelten Läuse, somit also die Infection der entfernteren Umgebung, zu verhüten.“

(Abschaffung der Trommel in der französischen Armee.) Ein Erlass des Kriegsministers General Farre vom 3. d. M. schafft das Institut der Trommler in den Infanteriecorps ab und behält nur die Signaltrompeter bei. „Die Trommel“, sagt der Minister, „ist ein Instrument, welches eine lange Lehrzeit erfordert; ihre Dienste sind nicht immer zuverlässig, die Tirailleurssignale werden nicht immer von den Soldaten verstanden, und endlich haben die Trommler, da sie nicht bewaffnet sind, für die mobil gemachte Armee keinen Wert“. Die Reform soll in der

ganzen Infanterie nach den Herbstmanövern durchgeführt werden.“

(Wieder eine Seiltänzerin in Gefahr.) Wie die Berliner „Börsenztg.“ erzählt, gerieth am letzten Sonntag zu Schneeburg bei Berlin die waghalsige Künstlerin Miss Victoria, die auf einem Velocipede, unter welchem der Akrobat B. Maningo an einem Trapez arbeitete, über ein 40 Fuß hohes Thurmschiff fährt, in eine entsetzliche Lebensgefahr. In der Mitte des Seils brach an dem Velocipede etwas entzwei, so daß dasselbe weder vor noch rückwärts zu bewegen war, und die beiden Artisten wie angenagelt zwischen Himmel und Erde feststanden. Die Situation war eine schreckliche, denn sobald Mr. Maningo das Trapez verließ, stürzte Miss Victoria aus einer Höhe von vierzig Fuß zu Boden. Die Aufregung des Publicums wuchs mit jeder Secunde. Endlich mußte die Künstlerin unter steter Lebensgefahr von ihrem Behälter auf das Seil und von diesem mit Hilfe Maningos auf das Trapez klettern, von wo sie mittelst eines zugeworfenen Seiles herabgelassen wurde. Auf demselben Wege erhielt auch der Trapezarbeiter wieder festen Boden unter den Füßen. Ein viel tausendstimmiges Hurrah begrüßte die Künstler, die ihre Geistesgegenwart nicht einen Augenblick verlassen hatte.

(Krieg gegen Ameisen.) Die Regierung der Provinz St Paul in Brasilien hat einen Preis ausgesetzt von 50 Contos gleich 50,000 fl. für ein sicheres, wirksames Mittel gegen die Ameisen. Diese Insecten gereichen besonders den Landwirten der genannten Provinz zu nicht geringer Plage. Ein Reisender, der vor kurzer Zeit in Itu weilte, berichtet folgendes hierüber: Eine höchst eigenthümliche Erscheinung machte sich mir sofort bemerkbar, als ich einen Gang durch die umliegenden Gärten machte. Eine große Anzahl von Hügeln, die in langgestreckter Kegelform bis zu einer Höhe von fünf bis sechs Meter anstiegen, lenkten meine Aufmerksamkeit an sich. Es waren Ameisenhaufen, deren Oberfläche von einer dicken, durch die tropische Sonne hart gebrannten Erdschichte bedeckt und so gegen Wind und Wetter geschützt ist und die bei einer bedeutenden Tiefe Milliarden von Ameisen zur Wohnung dienten. Wenn sich ein Stamm dieser sehr schädlichen Insecten auf die Wanderung begibt, so zerstören sie platterdings alles, was sie auf ihrem Wege antreffen. Sie bedürfen nur weniger Stunden, um einen großen starken Baum vollständig zu entblättern. Stoßen sie auf ihrer Wanderschaft auf ein Haus, so ist auch dieses verloren, und weder List noch Gewalt vermag es zu retten. Die Pflanze haben ihnen naturgemäß den Krieg bis aufs Messer erklärt. Auf allen Fazenda's (Meierhöfen) gibt es Leute, deren specielle Beschäftigung darin besteht, den Ameisenhaufen nachzuspüren, die dann einer regelrechten Belagerung ausgesetzt werden. Häufig wird allerdings, trotz aller Mühe, nichts weiter erreicht, als ein unnützer Scheintod seitens der Ameisen. Der Formigueiro (so heißt der Ameisentöbter nach Formiga, die Ameise) verstopft alle sichtbaren und ihm bekannten Zugänge. Dann zündet er am Ende der Mine, im Innern, Reisig und Stroh an. Der Rauch, der sich nun entwickelt, zeigt dann alle Ausgänge, die noch nicht versperrt waren. Ist das geschehen, so geht man dazu über, die schädlichen Insecten in ihrer eigenen Wohnung zu vertilgen. Radical ist dieses Mittel jedoch nicht, wie auch schon oben angedeutet wurde. Der ausgeworfene Preis ist bis jetzt noch nicht verdient worden.

Locales.

(Kaiserliche Spende.) Se. Majestät der Kaiser haben der Schulgemeinde Birknitz zum Schulbaue den Betrag von 300 fl. aus Allerhöchstherr Privatcasse allergnädigst bewilligt.

(Dotation.) Einer Mittheilung der „Wiener Zeitung“ zufolge haben die Gemeinden Reifnitz und St. Veit bei Sittich den Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe zum Ehrenbürger ernannt.

(Philharmonische Gesellschaft.) Der Direction der philharmonischen Gesellschaft ist vor kurzem die angenehme Mittheilung gekommen, daß sich das k. l. Unterrichtsministerium über Befürwortung des krainischen Landesschulrathes bewegen gefunden habe, der Gesellschaft zur Unterstützung der von ihr erhaltenen Musikschule vom Jahre 1881 an für das nächste Triennium eine Jahressubvention im Betrage von 400 fl. aus Staatsmitteln unter der vom Ministerium ausdrücklich hinzugefügten Voraussetzung zuzusichern, daß sich auch die übrigen, an der Erhaltung dieser Musikschule zunächst interessirten Factoren — Stadt und Land — zu einer ähnlichen Förderung derselben bereit finden werden. Die eine der in diesem Erlasse ausgesprochenen Erwartungen hat sich inzwischen bereits erfüllt, indem der krainische Landtag bekanntlich in seiner montägigen Sitzung der Gesellschaft zu gleichem Zwecke für die Jahre 1881 bis 1883 eine Subvention von je 300 fl. aus dem Landesfonde bewilligt hat. Nachdem andererseits auch die krainische Sparcasse die genannte Musikschule schon seit Jahren mit je 200 fl. subventioniert, so bleibt im Interesse der Gesellschaft zu wünschen, daß nunmehr auch die Laibacher Stadtgemeinde hierin nicht zurückbleiben und der, speciell für die hiesige Stadtbevölkerung geradezu unentbehrlichen Musikschule auch ihrerseits eine kleine Dotation nicht versagen werde.

(Heimgekehrte Missionäre.) Diefertage sind zwei krainische Missionsgeistliche aus Amerika, der Dechant Herr Jakob Trobec und der Pfarrer Herr Johann Starsha — letzterer aus Semitsch in Unterkrain, — welche seit einer Reihe von Jahren dem Missionsdienste in Nordamerika obliegen, zu mehrmonatlichem Besuche der Heimat in Laibach angekommen. Wie die „Danica“ mittheilt, beabsichtigen dieselben bei ihrer im Herbst dieses Jahres erfolgenden Rückkehr mehrere hiesige Gymnasiasten aus den höheren Klassen, welche unter Zustimmung ihrer Eltern gewillt wären, sich dem Missionsberufe zu widmen, nach Amerika mitzunehmen und daselbst auf Kosten der dortigen Diocese zu Geistlichen heranzubilden zu lassen.

(Balneologische Ausstellung.) In Frankfurt am Main wird vom Mai bis Oktober 1881 gleichzeitig mit der deutschen Patent- und Musterchutz-Ausstellung eine „balneologische Ausstellung“ stattfinden. Dieselbe soll umfassen: alle Arten Mineralwässer, natürliche Quellenproducte und aus Quellen bereitete Kunstpräparate, einschlägige Apparate, Vorrichtungen und Maschinen aller Art, eine Collection die körperliche Bewegung fördernde Spiele, Pläne und Abbildungen von Curbädern u. dgl., balneologische Literatur und Statistik mit Einschluß historischer Daten. Prospekte und Anmeldeblankette können bei der Handelskammer in Laibach erhoben werden. Authentische Auskünfte können übrigens bei dem Geschäftsführer der Ausstellung, Dr. Dronke (Bureau: Handelskammer, Neue Börse) in Frankfurt am Main eingeholt werden.

(Humoristische Literatur.) Im Verlage der „Alma mater“ in Wien ist erschienen: „Heiteres aus dem technischen Leben“, gesammelt und herausgegeben von L. K. Centner. Bei dem ernstesten Charakter der technischen Wissenschaften und Arbeiten, die sich zwischen endlosen Reihen trockener mathematischer Formeln bewegen, muß man wirklich von dem Titel des vorliegenden Büchleins überrascht sein. Aber wenn es sonst heißt: „Ernst ist das Leben, heiter die Kunst, so gilt von der Technik gerade das Gegentheil: „Ernst ist die Technik, heiter das technische Leben.“ Welche kostbaren „Nester“ und „Gänge“ des Edelmetalls „Humor“ gibt es nicht in dem Bergesinnern des technischen Lebens? Welch' köstliche Streiche hat nicht schon dieser lose Schalk den Ingenieuren, Architekten, Chemikern zc. bereitet? Diese nun zur Belebung und Erheiterung der Techniker und anderer sachlustiger Seelen gesammelt zu haben, ist ein nicht geringes Verdienst dieses Büchleins. Außer eine Reihe der gelungensten Anekdoten und Wize enthält das „Heitere aus dem technischen Leben“ noch viele humoristische Originalzeichnungen, welche nicht wenig dazu beitragen, den Heiterkeitseffect deselben zu erhöhen. Trotz der reichen und geschmackvollen Ausstattung ist der Preis doch ein bescheidenen.

Neueste Post.

Original-Telegramme der „Laib. Zeitung.“ Berlin, 17. Juni. Das Abgeordnetenhaus lehnte den Artikel 1 der Kirchenvorlage mit 206 gegen 180 Stimmen ab.

Rom, 17. Juni. Crispi zog seine Demission als Deputierter zurück.

Paris, 17. Juni. Die Kammer genehmigte das Budget des Außern und verwarf die Amendements Raspails wegen Auflassung der Botschaft beim Vatican und wegen Herabminderung der Bezüge der Botschafter. Freycinet erklärte, in der griechischen Frage werde Frankreich eine der Würde des großen Landes entsprechende Politik befolgen. Der Ministerrath stellte die Grundzüge der Amnestievorlage fest.

London, 17. Juni. Im Unterhause erklärte Gladstone, die Regierung habe nie eine Erklärung betreffs Erzwingung der Durchführung irgend einer Berliner Vertragsbestimmung abgegeben; sie beabsichtige völlig unparteiisch gegenüber der Türkei und Rußland, gegen Muselmänner und Christen zu verfahren.

Salzburg, 18. Juni. (Presse.) Morgen findet eine Landtagsitzung statt, wozu die Regierung die Tagesordnung festsetzte.

Salzburg, 18. Juni. (Presse.) Im Rathhause saal zu Hallein fand gestern abends eine Versammlung der liberalen Wähler statt, in welcher über besonderes Ansuchen Graf Lamberg, herzlichst begrüßt, erschien. Bürgermeister Debl eröffnete die Versammlung, bedauerte das übereilte Vorgehen des Comité's und ersuchte den Grafen Lamberg um die neuerliche Annahme des Landtagsmandats. Graf Lamberg erklärte sich von der ihm gewordenen Erklärung befriedigt, schilderte die jüngsten Ereignisse unter dem lebhaftesten Beifalle der Wähler, lehnte aber die abermalige Annahme des Mandats ab, und zwar aus Gesundheitsrückichten. Die Wiederwahl des Grafen Lamberg ist trotz seiner Ablehnung nicht aufgegeben. Die an den Grafen Lamberg ausliegende Vertrauensadresse wird von den Wählern unterzeichnet.

Tepliz, 17. Juni. (Frdbl.) Eine beim hiesigen Bezirksgerichte in czechischer Sprache eingereichte Eingabe wurde czechisch erledigt und dem Advocaten der Gegenpartei zugestellt. Derselbe verweigerte die Annahme, da die czechische Sprache in Tepliz nicht landesüblich sei. Die Erledigung der Einwendung ist noch ausständig.

Ugram, 18. Juni. (Presse.) In der fortgesetzten Generaldebatte sprachen für den Ausgleich Dr. Schram und Zivkovic. Ersterer polemisierte mit großem Erfolge gegen die vorgestrichen Behauptungen und Ausführungen des Conte Bojnovic und die gestrige Rede des oppositionellen Dr. Brbanic. Letzterer bewies die Vortheile des Ausgleichsentwurfes. Dr. Marjanovic von der Opposition versuchte den Beweis zu führen, daß die Unterrichts- und Confessionsfondationen Kroaziens verkürzt worden sind. Morgen Fortsetzung der Debatte. Es sind noch fünf Redner vorgemerkt.

München, 18. Juni. (N. fr. Pr.) König Ludwig besuchte, von Schloß Berg kommend, gestern abends Kaiserin Elisabeth in Poffenhofen und verweilte daselbst längere Zeit. Der König ließ der Kaiserin ein prachtvolles Rosenbouquet überreichen. Trotz der bis gestern sehr ungünstigen Witterung macht die Kaiserin, welche sich ganz wohl befindet, täglich zu Wagen und zu Pferde in die Umgebung von Feldafing Ausflüge.

Berlin, 17. Juni. (Presse.) Neuere Unterhandlungen zwischen der Curie mit Preußen wurden nicht angeknüpft. Jacobini verbleibt laut Mittheilung der „Germania“ noch einige Zeit in Wien wegen kirchlicher Angelegenheiten in anderen an Oesterreich grenzenden Ländern, deren Ordnung ihm obliegt.

Berlin, 17. Juni. Für den Beschluß der Geheimhaltung der Conferenzarbeiten ist nicht bloß der Hinblick auf die Presse, sondern jener auf Griechenland und die Türkei maßgebend gewesen. Die Ueberzeugung von den übereinstimmenden Anschauungen über die Aufgabe der Conferenz gibt sich bei allen Bevollmächtigten kund. Man hofft, in zwölf Tagen die Geschäfte zu erledigen. Die Beschlüsse über die Absendung einer Commission sind eventuell erst von der Conferenz zu fassen, die davon auch noch Abstand nehmen könnte. Für die Arbeiten der Delegiertencommission liegt ein starkes Kartenmaterial vor. Die österreichischen Generalstabskarten werden als die zweckentsprechendsten erachtet, um die Grundlage für die Arbeiten der Delegierten zu bilden.

Paris, 17. Juni. (Wr. Allg. Ztg.) Die Amnestiefrage hat sich nunmehr gänzlich verändert. Infolge Einschreiten Gambettas wird die Regierung den Amnestie-Antrag Samstag doch einbringen. Das Cabinet ist entschlossen, nicht zurückzutreten, wenn es eine Niederlage im Senat erleiden sollte. Constans, Farre, Turquet und Fallières drohten mit der Demission, wenn die Regierung die Einbringung des Amnestie-Antrages verweigert. Der Antrag soll Mon-

tag im Ausschusse und nächsten Samstag in öffentlicher Sitzung verhandelt werden.

London, 12. Juni. Die „Times“ erfahren, daß Oesterreich keine Schwierigkeit betreffs der Abtretung von Dulcigno an Montenegro erheben wird, wenn die Anordnungen des Artikels 29 des Berliner Vertrages, der Oesterreich eine gewisse Controlle über das montenegrinische Littorale von Antivari einräumt, auf Dulcigno ausgedehnt wird.

Angekommene Fremde.

Am 17. Juni. Hotel Stadt Wien. Gräfin Margheri sammt Tochter, Unterkrain. — Detela, Landtagsabgeordneter, Krainburg. — Dr. Roza, Ministerialsecretär; Schneider, Nagy, Part und Pollak, Kaufleute; Beweis, Reisender, und Dr. Obermayer, Wien. — Demez, Prag. Hotel Elephant. Grilitsch sammt Frau, Sgalitzer, Sannitz, Postofst, Kaufleute; Mayer, Reisender, und Goldstein, Jurellier, Wien. — Wilfert, Ingenieur, Steyer. — Bergstein, Kaufm., Prag. — Trobec, Missionär, America. Hotel Europa. Ritter v. Hoch, k. k. Major, Görz. Wahren. Femel Maria, Privat, Klagenfurt. — Turm, Garnierhändler, Baja. — Wimmer, Kellner, Palsau. — Pusar, Sternwarte. Rizzoli, Reifniz.

Verstorbene.

Den 17. Juni. Antonia Trebelsnit, Näherin, 24 J., Petersstraße Nr. 55, Tuberculose.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with 7 columns: Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt, Lufttemperatur nach Celsius, Wind, Anhalt des Himmels, Niederschlag in Millimetern. Data for 18. Juni at 7, 8, and 9 AM.

Tagsüber wechselnde Bewölkung, abends heiter, Abendroth. Das Tagesmittel der Wärme + 17.7°, um 0.8° unter dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Advertisement for Thomas Pirz, Bezirkswundarzt in Neumarkt. Text includes: 'Allen Verwandten, Freunden und Bekannten wird hiermit die traurige Nachricht gegeben, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, unsern innigstgeliebten Gatten, beziehungsweise Vater, Schwieger- vater und Großvater, Herrn Thomas Pirz, nach längeren Leiden, versehen mit den heil. Sterbesacramenten, heute, den 18. Juni, um halb 1 Uhr nachmittags im 67. Lebensjahre in ein besseres Jenseits abzurufen. Das Begräbniß findet Sonntag, den 20. Juni, um 9 Uhr früh in Neumarkt statt. Der Verbliebene wird dem frommen Andenken empfohlen. Neumarkt am 18. Juni 1880. Die trauernden Hinterbliebenen.'

Advertisement for Der Bazar Nr. 12 vom 15. Juni 1880. Text includes: 'Der heutigen „Laibacher Zeitung“ liegt eine Verlosungs-Anzeige des Bankhauses Carl Boffe jun. in Braunschweig bei, auf welche wir unsere Leser besonders aufmerksam machen. Das Unternehmen ist ein solides und steht unter Garantie der betreffenden Staatsregierung.'

Börsebericht. Wien, 18. Juni. (1 Uhr.) Etwas abgeschwächt im Umfange des Geschäftes wie in den Cursen, behauptete die Börse gleichwohl noch immer eine ziemlich gute Tendenz.

Large table of financial data including interest rates (Papierrente, Silberrente, Goldrente), bond prices (Grundentlastungs-Obligationen, Aktien von Banken, Aktien von Transport-Unternehmungen), and exchange rates (Franz-Joseph-Bahn, Galizische Carl-Ludwig-Bahn, etc.).

Nachtrag: Um 1 Uhr 15 Minuten notierten: Papierrente 73.60 bis 73.70. Silberrente 74.05 bis 74.15. Goldrente 89.55 bis 89.65. Credit 234.40 bis 234.60. Anglo 137. — bis 137.25. London 117.10 bis 117.15. Napoleons 9.31 1/2 bis 9.32.